# Dresdner Volkszeitung

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Postscheckkonto: Dresden, Nr. 1288.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahbe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 65 | Dresden, Freitag den 18. März 1921 | 32. Jahrg.


## Reichsverderber einst und jetzt

### Soldatenschinder und Dolchstoßlegende

Die Zahl der politischen Prozesse in Deutschland ist in den letzten Tagen um zwei weitere vermehrt worden. Der Prozeß gegen die Soldatenschinder vom Aulock-Regiment endigt mit einer Bestrafung, die wohl zum ersten Male seit Bestehen derartiger Prozesse nach der Revolution das Rechtsempfinden des Volkes einigermaßen befriedigt hat. Bedauerlich muß jedoch, daß die Hauptschuldigen an den verbrecherischen Quälereien nach wie vor frei herumlaufen. Es ist dringend zu fordern, daß die Anklage auch auf diese Persönlichkeiten ausgedehnt wird.

Noch größeres Interesse erfordert der Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller, der nun schon zum fünftenmal zur Verhandlung steht. Man kann zwar der Meinung sein, daß Hillers Schandtaten wehrlosen Untergebenen gegenüber von besonderem Ausmaß waren und in ihrer Roheit und Bestialität so leicht nicht ihresgleichen finden; es ist jedoch nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß ein großer Teil des deutschen Offizierskorps sich ähnlicher, auf Sadismus und Machtdünkel beruhender Verbrechen schuldig gemacht hat. Durch diese Feststellung wird der anständige Teil des Offizierskorps nicht beleidigt, vielmehr muß eine restlose Aufklärung der fürchterlichen Dinge, die sich in den Karpathen abspielten, gerade im Interesse der anständigen deutschen Offiziere liegen.

Beide Prozesse bieten einen interessanten Beitrag zum Kapitel von der Dolchstoßlegende in den Rücken des Heeres. Die Deutschnationalen gehen bekanntlich auch heute noch mit der Behauptung hausieren, daß durch die Sozialdemokratie die Disziplin des Heeres untergraben worden sei, daß die Soldaten in der Heimat bearbeitet und aufgehetzt wurden, im Felde zu desertieren oder ihren Dienst nicht ordnungsmäßig zu versehen, und gewisse Deutschnationale mit besonders frecher Stirn wagen sogar die Behauptung, die Sozialdemokratie habe mit der Entente konspiriert, um das Volk wehrlos zu machen. Derartige Prozesse, wie die gegen Hiller und die Aulock-Verbrecher, bieten eine treffliche Aufklärung für die Stichhaltigkeit jener Behauptungen. Die Soldaten, die jahraus, jahrein im Dreck lagen, nichts zu essen hatten, maßlos schikaniert wurden und dabei den größten Teil der in die Feuerlinie Gehetzten stellten, brauchten von keiner politischen Partei mehr bearbeitet zu werden, um körperlich und seelisch zusammenzubrechen. Dafür sorgten jene Herren aufs beste, die sich jetzt schützend vor Hiller stellen und die teilweise Aulock-Verbrecher mit der Gloriole des Märtyrertums umgeben möchten. Der Dolchstoß wurde nicht von der Heimat ausgeführt; sondern jeder Fußtritt, jeder Kolbenschlag, jedes ungerechte und verletzende Schimpfwort trug dazu bei, die Kraft der bis aufs äußerste angespannten Mannschaften zu erschüttern und sie endlich zum Zusammenbruch zu bringen. Es ist ein Zeichen der bewundernswürdigen Besonnenheit der deutschen Soldaten, daß so wenig Racheakte an Offizieren nach dem Zusammenbruch vorgenommen wurden, Taten, die zwar aus allgemein menschlichen Gründen verurteilt werden müßten, die aber aus der Psychologie des gemarterten Menschen nur zu verständlich gewesen wären. Wenn die Deutschnationalen heute über den Dolchstoß gegen die Armee zetern, so mögen sie sich bei ihren Freunden bedanken, die es nur zu gut verstanden den Dolchstoß gegen die eigenen Leute zu richten und die damit Heer, Heimat und Vaterland ins Verderben gestürzt haben.

### Die bayerische Extratour

Ein ohrenzerreißendes Gebrüll ginge durch Deutschland, wenn ein Land mit einer sozialdemokratischen Regierung sich solche Dinge leisten würde, wie sie sich Orgesch-Bayern dem Reiche gegenüber erlaubt. „Hochverräter“, „Reichszerstörer“, „Vaterlandslose Gesellen“ — die ganze bekannte Litanei der Reaktion würde ohne Unterlaß in der bürgerlichen Presse Deutschlands verarbeitet werden. Weil aber in München die Drahtzieher der Reaktion am Ruder sind, deshalb übt man sich in Berlin und in der ganzen deutschen bürgerlichen Welt in Langmut und Geduld.

Der Münchner Wahnsinn muß ein Ende nehmen. Es ist die allerhöchste Zeit. Vielleicht faßt die Reichsregierung noch einmal neuen Mut, nachdem Herr Kahr soeben im Landtag geheimnisvoll angedeutet hat, daß er im Falle einer Aktion der Reichsregierung für die Entwaffnung keinen offenen Widerstand entgegensetzen werde. Kahr erklärt, von einer Revolte der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung sei niemals die Rede gewesen. Vielleicht haben die Aeußerungen und Drohungen Bonar Laws im englischen Unterhause den Orgesch-Rittern in München doch etwas Beklemmung bereitet.

Die Stimmung im bayerischen Volke, bei vielen Kleinbauern und vor allem bei der Arbeiterschaft ist keineswegs so, wie sie die Orgesch-Presse fortwährend hinstellt. Was als die Ansicht des bayerischen Volkes aus München und andern Städten Bayerns so in die Welt hinaustelegraphiert wird, ist nichts anderes als die Ansicht der Orgesch-Presse. Die hohen Herren in München, die sich auf ihren außenpolitischen Spaziergängen so verirrt haben und nun nicht gerne als die Blamierten dastehen möchten, wollen nicht zugeben, daß das, was sie bisher dem bayerischen Volke vorgespielt haben, nichts anderes als ein politisches Tohuwabohu war.

Das Spiel mit dem Feuer muß aufhören. Der Eindruck, als ob die Reichsregierung an den Grenzen Bayerns Halt mache, muß verschwinden. Es ist Zeit, daß die wildgewordenen Spießer im Süden und die alldeutschen Militärwütiker im Norden etwas Belehrung annehmen.

## Die elsässische Arbeiterschaft gegen die Sanktionen

**Mülhausen**, 18. März. Die gegen Deutschland beschlossenen Sanktionen haben nicht die Billigung der elsässischen Arbeiterschaft gefunden, weil davon das deutsche Proletariat am meisten betroffen werde. Im ganzen Land wurden Dienstag große Massenversammlungen einberufen, die einen nahezu vollzähligen Aufmarsch der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft zur Folge hatten. Sie waren von beiden Seiten einberufen. Die Zahl der in Mülhausen zur Versammlung erschienenen Arbeiter wird auf über 15000 geschätzt. Es sprachen vier Redner, die in schärfsten Worten die neue Besetzung deutschen Gebiets verurteilten und sofortige Aufhebung forderten. Auf Befehl des Generalkommissars stand in den Garnisonen das Militär marschbereit, während bei diesen Versammlungen das städtische Polizeiaufgebot anwesend war, das die Aufgabe hatte, jede kriegsfeindliche Demonstration zu verhindern. Die Versammlung nahm einen durchaus ruhigen Verlauf und zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Einsetzung einer internationalen Friedenskommission zum Zwecke der Revision des Versailler Vertrags unter Mitwirkung der internationalen Arbeiterschaft und die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen im Ruhrgebiet fordert.

### Appell an die deutschen Kaufleute

**Berlin**, 16. März. Das Präsidium und der Gesamtvorstand des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels haben in einer aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Zentralvorstandssitzung beschlossen, die Bezirksgruppen und die angeschlossenen Fachverbände des deutschen Großhandels aufzufordern, in ihren Mitgliederkreisen dahin zu wirken, daß es als eine selbstverständliche patriotische Ehrenpflicht jedes deutschen Kaufmanns angesehen werde, **von dem Bezug aller für den deutschen Markt entbehrlichen Waren aus denjenigen feindlichen Ländern, die sich den Zwangsmaßnahmen anschließen, abzusehen.**

### Die Lage in den Rheinlanden

**Berlin**, 17. März. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Lewald eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbände des besetzten und des neubesetzten Gebietes sowie des für die besetzten rheinischen Gebiete mit der Reichsregierung, dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt. Die Beratungen galten insbesondere der durch die **bevorstehende Errichtung der Zollgrenze in den Rheinlanden geschaffenen Lage.** Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete von Starck gab zunächst einen umfassenden Bericht über die derzeitige Lage der besetzten Gebiete und führte unter anderem aus: Als erste Folge der sogenannten Sanktionen hat die interalliierte Rheinlandkommission zwei Verordnungen, Nr. 76 und 77, erlassen. Nach Nr. 76 wurde die Telegramm- und Telephonzensur für zunächst acht Tage verhängt, die durch eine neue Verordnung vom 16. März wiederum acht Tage verlängert wurde. Die zweite Verordnung Nr. 77 verfügt

**die Sperrung der Zolleinnahmen**

an der Westgrenze. Die Behörden der Zollverwaltung für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr und der Kapitalflucht sind dem Befehl der interalliierten Rheinlandkommission unterstellt. In Ausführung dieser Verordnung sind die Zolleinnahmen bei den Zollämtern und der Reichsbank gesperrt. Diese müsse den Alliierten zufließen. Unter die Zolleinnahmen fallen nach Ansicht der Alliierten auch die **Zollgebühren und die Ausfuhrabgabe, nicht aber die Verbrauchsabgabe.**

### Die Zollgrenze

beginnt 10 Kilometer nördlich von Hamborn am Rhein und läuft von etwa 12 Kilometer östlich des Rheins bis zum Brückenkopf Köln. Sie schließt die Städte Oberfeld, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr ein. Essen bleibt etwa 4 Kilometer östlich der Zollgrenze. Auch die Städte Elberfeld und Barmen bleiben außerhalb. Von da an verläuft die Zollgrenze vermutlich an der Ostgrenze der Brückenköpfe. Auch die amerikanische Zone wird in das Zollgebiet einbezogen werden, und zwar ohne direkte Beteiligung der Amerikaner. Die Sätze des Zolltarifs sind noch nicht bekannt. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet wird voraussichtlich ganz zollfrei sein. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zur Aufrechterhaltung der rheinischen Industrie notwendig sind, wird voraussichtlich nur geringen Zollsätzen unterworfen. Bei der Ausfuhr aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet soll ein mäßiger Zolltarif, vielleicht nur eine sogenannte statistische Gebühr, erhoben werden. Als Grenzbewachungspersonal dienen ausländische Zollbeamte und Soldaten. Mit der Durchführung der Zollinie ist in etwa zwei Wochen zu rechnen. Nicht beabsichtigt ist die Beschlagnahme von Steuereinnahmen Reichslichen Besitzes. Bergwerke zu übernehmen und dergleichen, da derartige Maßnahmen nicht zu den jetzigen Sanktionen gehören. Auch ist eine Beschränkung der Verkehrsfreiheit zur Zeit nicht geplant. Die einschneidendste Folge der Zollgrenze wird ohne Zweifel die sein, daß der **Absatz deutscher Erzeugnisse im besetzten Gebiete stark eingeschränkt und ausländischen Waren das Eindringen ins besetzte Gebiet erleichtert wird.**

Nach den Ausführungen des Reichskommissars wurde in eine eingehende Aussprache getreten. Sie gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung gegen die Zwangsmaßnahmen und zu **einem Protest gegen die drohende Renaufrichtung des Joches im Westen.** Danach gab Ministerialrat Dr. Clausen beim Reichskommissar für die besetzten Gebiete einen Bericht über die **Möglichkeiten, den Folgen einer Wiederaufrichtung des Joches im Westen wirksam entgegenzutreten.** Als Vertreter des Ministers des Auswärtigen gab dann Ministerialdirektor von Simson die Erklärung ab, daß es die erste Pflicht der Reichsregierung sei, dem Rheinlande zu helfen und den Schaden wieder gut zu machen, den die Feinde anrichten. Mit einem nochmaligen Treubekenntnis zum Deutschtum und zum Reiche schloß die Versammlung.

## Warnung vor Gewalttaten in Oberschlesien

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 18. März. Die Pariser Botschafterkonferenz hat beschlossen, auf Grund der von Deutschland erhobenen Vorstellungen sowohl bei den polnischen als auch bei der Deutschen Regierung eine nachdrückliche Warnung vor Gewalttaten in Oberschlesien auszusprechen.

## Deutschland und der Wiederaufbau

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 18. März. Im Wiederaufbauministerium wird morgen vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Müller eine Konferenz von Sachverständigen, vorwiegend aus dem Baufach, zusammentreten, um genaue Pläne für den werktätigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens aufzustellen und durchzuberaten.

## Zum Prozeß Hiller-Helmhake

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 18. März. Im Prozeß Hiller-Helmhake fanden heute die Plädoyers statt. Die den Geschworenen vorgelegten Schuldfragen lauten in den Hauptpunkten auf minderschwere Mißhandlungen Untergebener und auf Mißhandlung eines Untergebenen mit Todeserfolg. Das Urteil ist erst in den Abendstunden zu erwarten.

### Die Einnahme Kronstadts

**Kopenhagen**, 18. März. Aus Helsingfors wird der Berlingske Tidende gestern nachmittag 3 Uhr gemeldet: Die Flüchtlinge, die von Kronstadt über das Eis gekommen sind, teilen mit, daß zur Zeit ein allgemeiner heftiger Angriff gegen Kronstadt gerichtet wird. Der Angriff wurde mit einem vernichtenden Artilleriefeuer eingeleitet, das um 4 Uhr morgens begann. Um 4 Uhr gingen die Bolschewisten zum Angriff vor. Einige Nachrichten lauten darauf hinaus, daß Kronstadt sich bereits ergeben habe, während andere besagen, daß noch weitergekämpft werde. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Lage Kronstadts sehr kritisch sei.

Das bolschewistische Bureau Rosta meldet aus Riga: Der Vertreter der Sowjetregierung in Estland hat von Tschitscherin aus Moskau ein Telegramm erhalten, daß Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen worden sei.

**Stockholm**, 18. März. Die Mitteilung vom Falle Kronstadts wird von dem Kronstädter Revolutionskomitee bestätigt, das mit 800 Soldaten in Finnland angekommen ist.

### Die deutsch-russischen Beziehungen

**Berlin**, 18. März. Die Verhandlungen über den Ausbau und die Stabilisierung der bereits zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Beziehungen haben zur Aufstellung eines vorläufigen Protokolls geführt, das am 18. März in Moskau von den Beauftragten des Auswärtigen Amts und des Volkskommissariats des Aeußern unterzeichnet worden ist. Das Protokoll enthält neben einem Zusatzabkommen über die endgültige Abwicklung der Kriegsgefangenenangelegenheiten ein Abkommen über die Rechte der beiderseitigen Vertretungen und Staatsangehörigen. Dieses zweite Abkommen nimmt die bereits bestehenden gegenseitigen Vertretungen zur Grundlage und erweitert ihre Rechte in konsularischer und handelspolitischer Hinsicht. In bezug auf die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen sind im Abkommen Bestimmungen getroffen, die den ungehinderten wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern ermöglichen und sichern sollen. Das Protokoll bildet gegenwärtig den Gegenstand der Prüfung bei den in Frage kommenden Regierungsstellen in Berlin und Moskau. Es besteht die Hoffnung, daß beide Abkommen aus dieser Prüfung im wesentlichen unverändert hervorgehen werden und daß daraufhin eine Unterzeichnung und ein Inkrafttreten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen beider Länder baldigst erfolgen wird.

### Englische Arbeiterpartei und Reparationsbill

**London**, 18. März. Wie die Blätter melden, hat die englische Arbeiterpartei beschlossen, bei der dritten Lesung der deutschen Reparationsbill im Parlament ihre Ablehnung zu beantragen. Clynes wird heute ein Amendement einbringen, in dem es heißt: Da das Unterhaus wolle, daß Deutschland eine gerechte Reparation bezahle, könne es nicht einer Gesetzgebung zustimmen, die keine annehmbare Politik der Alliierten darstelle, dem britischen Handel Schaden zufügen und nur die Arbeitslosigkeit erhöhen würde. Das Geld sei eingebracht worden, bevor genügende Anstrengungen, um eine Regelung durch Uebereinkommen zu erzielen oder mit Hilfe des Völkerbundes oder eines andern unparteiischen Tribunals, gemacht worden seien, um festzustellen, was Deutschland zu zahlen in der Lage ist.

### d'Annunzios Adjutant verhaftet

**Rom**, 18. März. Der frühere Adjutant d'Annunzios, Hauptmann Pifier, ist unter der Beschuldigung, Güter der Militärverwaltung geraubt zu haben, verhaftet worden.

### Unterbrechung des Keffel-Prozesses

**Berlin**, 18. März. Der seit mehreren Tagen vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin verhandelte Prozeß gegen den Hauptmann v. Keßel wegen Meineids erlitt heute eine Unterbrechung infolge plötzlicher Erkrankung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Dr. Weigert.


SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210318/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG